



Vernehmlassung zur Änderung von Artikel 65 der Berufsbildungsverordnung (BBV) – Erhöhung der Beiträge für die Durchführung der eidgenössischen Prüfungen

Ergebnisbericht

Bern, Oktober 2012

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	3
1 Ausgangslage und Beschreibung der Vorlage	4
2 Vernehmlassungsverfahren und Auswertungsgrundsätze	4
2.1 Vernehmlassungsverfahren.....	4
2.2 Auswertungsgrundsätze	5
3 Kurzübersicht	5
3.1 Allgemeine Beurteilung der Teilrevision.....	5
3.2 Beurteilung durch die einzelnen Vernehmlassungsteilnehmenden	5
3.2.1 Kantone	5
3.2.2 Politische Parteien	6
3.2.3 Dachverbände der Wirtschaft und Organisationen der Arbeitswelt.....	6
4 Zusätzliche Vorschläge	6
4.1 Finanzierung der Vorbereitungskurse.....	6
4.2 Bundesbeiträge an höhere Fachschulen	7
4.3 Positionierung und Stärkung der höheren Berufsbildung	7
5 Anhänge	8
5.1 Anhang 1: Revidierter Verordnungstext Entwurf Art. 65 BBV und Art. 65a BBV (neu)	8
5.2 Anhang 2: Liste der Vernehmlassungsadressaten.....	9
5.3 Anhang 3: Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden	16
Abkürzungen – Glossar	21

Management Summary

Mit Beschluss des Bundesrates vom 4. April 2012 wurde das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren zur Änderung von Artikel 65 der Berufsbildungsverordnung (BBV) durchzuführen. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 6. August 2012.¹ Es gingen insgesamt 70 Stellungnahmen ein.

Die Änderung von Art. 65 BBV sieht vor, die Bundesbeiträge für die Durchführung eidgenössisch anerkannter Berufs- und höherer Fachprüfungen von heute 25% auf höchstens 60%, in Ausnahmefällen auf bis zu 80%, zu erhöhen. Die Massnahme hat das Ziel, die höhere Berufsbildung und insbesondere das Bildungsgefäss der eidgenössischen Prüfungen weiter zu stärken und die Absolventinnen und Absolventen finanziell zu entlasten.

Vorangegangen sind bereits andere Massnahmen mit diesem Ziel:

- Seit 2011 ersetzen auch im Prüfungsbereich Vollkosten die ehemaligen anrechenbaren Kosten, und die Subventionen wurden auf den gemäss Berufsbildungsverordnung möglichen Höchstsatz von 25% angehoben.
- Zudem werden die Prüfungsträger vermehrt bei der Entwicklung der von ihnen getragenen Prüfungen unterstützt.

Die Bundesbeiträge steigen durch diese Massnahmen auf insgesamt rund 15 Mio. Franken (vorher rund 2 Mio.) pro Jahr.

Die vorgeschlagene Teilrevision der Berufsbildungsverordnung wurde von allen Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst. In zahlreichen Stellungnahmen werden Fragen zu den Rahmenbedingungen und Auswirkungen der Beitragserhöhung gestellt und/oder Zusatzforderungen erhoben. So wenden sich die meisten Kantone dagegen, dass die Erhöhung der direkten Bundesbeiträge für die Prüfungen allenfalls zu Lasten der Pauschalbeiträge des Bundes an die Kantone für deren Berufsbildungsausgaben gehen könnte. Von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden wird auch betont, dass die erhöhten Bundesbeiträge wirklich der Senkung der Prüfungsgebühren durch die Prüfungsanbieter dienen müssten.

Kantone, Wirtschaftsdachverbände und Organisationen der Arbeitswelt (OdA) weisen darauf hin, dass auch für die Finanzierung der Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen eine landesweit harmonisierte Lösung gefunden werden müsse. Einzelne äussern sich bereits zum Modell und favorisieren eine subjektorientierte Finanzierung anstelle der heutigen, in den Kantonen unterschiedlich praktizierten Subventionierung von Anbietern. Gleichzeitig wird festgehalten, dass eine Änderung der Finanzierung nicht zu einer Verschulung der Prüfungsvorbereitung und zu zusätzlichen Reglementierungen führen dürfe.

¹ Auf Wunsch von Vernehmlassungsteilnehmern wurden Stellungnahmen bis Mitte September angenommen.

1 Ausgangslage und Beschreibung der Vorlage

Der Bund regelt die **höhere Berufsbildung** sowie die Ausbildung der Berufsbildungsverantwortlichen. Die Kantone gestalten den Vollzug der Berufsbildung und sind Träger einer Vielzahl von Ausbildungseinrichtungen. Die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) bestimmen, unter Genehmigung des Bundes, Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel der Berufsprüfungen (BP) und der höheren Fachprüfungen (HFP) und sind deren Träger. Einzelne höhere Fachschulen (HF) werden ebenfalls von OdA getragen.

Die **Kosten**, die mit dem Erwerb der entsprechenden eidgenössischen Fachausweise und Diplome verbunden sind, tragen bis anhin primär die Absolventinnen und Absolventen der eidgenössischen Prüfungen. Sie werden mehrheitlich von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und von verbandlichen oder sozialpartnerschaftlichen Fonds unterstützt. Zudem können sie die Aufwendungen teilweise steuerlich abziehen oder Stipendien beantragen.

Mit dem Vernehmlassungsentwurf stellte der Bundesrat zur Diskussion, die Subventionen für die Durchführung von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen auf Anfang 2013 von heute 25% auf höchstens 60% und in Ausnahmefällen, bei besonders kostenintensiven Prüfungen, bis auf 80% zu erhöhen. Die Massnahme hat zum Ziel, das Bildungsgefäss der eidgenössischen Prüfungen zu stärken, die Qualität der Prüfungen zu fördern und die Absolventinnen und Absolventen finanziell zu entlasten.

Die Änderung des Beitragssatzes bedingt eine **Anpassung der Berufsbildungsverordnung** (Art. 65 BBV)². Sie beschränkt sich, im Sinne einer systemkonformen und rasch umsetzbaren Massnahme, auf die Bundesbeiträge für die Durchführung der eidgenössischen Prüfungen, die seit jeher durch den Bund mitfinanziert wird. Die Finanzierung der Vorbereitungskurse für eidgenössische Prüfungen war nicht Gegenstand des Vernehmlassungsentwurfes. Dazu finden Gespräche zwischen den Verbundpartnern der Berufsbildung (Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt) statt, die noch nicht zu einem Konsens geführt haben. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe vertieft die Kenntnisse über die heutigen Finanzströme und prüft verschiedene Optionen für eine gesamtschweizerisch harmonisierte Finanzierung.

2 Vernehmlassungsverfahren und Auswertungsgrundsätze

2.1 Vernehmlassungsverfahren

Der Bundesrat hat am 4. April 2012 das EVD beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Unterlagen zum Vernehmlassungsverfahren wurden auf der Homepage der Bundeskanzlei publiziert und den Adressatinnen und Adressaten der Vernehmlassung postalisch zugestellt. Am 17.04.2012 wurde die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens im Bundesblatt publiziert (BBI 2012 4289). Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis zum 6. August 2012.³ Die Liste der Vernehmlassungsadressatinnen und Vernehmlassungsadressaten sowie diejenige der Vernehmlassungsteilnehmenden finden sich in den Anhängen 5.2 und 5.3. Insgesamt sind 70 Stellungnahmen eingegangen. Explizit auf eine Stellungnahme verzichtet hat der Schweizerische Städteverband.

² SR 412.101

³ Auf Wunsch von Vernehmlassungsteilnehmern wurden Stellungnahmen bis Mitte September angenommen.

Die im Rahmen der Vernehmlassung eingegangenen Stellungnahmen sind einsehbar unter: <http://www.bbt.admin.ch/themen/hoehere/01328/index.html?lang=de>

2.2 Auswertungsgrundsätze

Dieser Bericht fasst die Inhalte der Stellungnahmen zusammen. Angesichts der grossen Anzahl der Antworten wird im Interesse der Übersichtlichkeit auf eine Wiedergabe der Begründungen und der Argumentation im Einzelnen verzichtet. Auf konkrete Textvorschläge wird entweder verwiesen oder sie werden zitiert.

Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens sind in Kapitel 3 des vorliegenden Berichts zusammengefasst.

3 Kurzübersicht

3.1 Allgemeine Beurteilung der Teilrevision

Die Revision von Artikel 65 der Berufsbildungsverordnung, die eine Erhöhung der Beiträge für die Durchführung von eidgenössischen Berufsprüfungen und eidgenössischen Höheren Fachprüfungen von heute 25% auf höchstens 60%, in Ausnahmefällen auf bis zu 80%, mit sich bringt, wird **von allen Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst**. Einige äusserten jedoch zusätzliche Erwartungen oder Vorbehalte:

- Fast alle Kantone und einige OdA betonen, dass die Erhöhung des Beitrages nicht zu Lasten der Pauschalbeiträge an die Kantone gem. Art 53 BBG gehen dürfe;
- Die Organisationen des Gesundheitsbereiches fordern, dass bei den Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen ihrer Branche der Ansatz grundsätzlich immer bei 80% liegen solle;
- Centre Patronal fordert, dass künftig bei jeder neuen oder in Revision stehenden Prüfungsordnung der Beitragssatz auf 80% festgesetzt werde;
- ICT-Berufsbildung ist der Meinung, dass die Bundesbeiträge mindestens zu einem Teil als Vorschuss überwiesen werden sollen;
- Die Kantone Neuenburg und Jura, die Parteien FDP und SVP und der Verband edu-suisse beantragen, dass die Wirksamkeit der Änderung überprüft werde. Es sei sicherzustellen, dass die Bundesbeiträge tatsächlich der Senkung der Prüfungskosten der Kandidatinnen und Kandidaten dienen.

3.2 Beurteilung durch die einzelnen Vernehmlassungsteilnehmenden

3.2.1 Kantone

Grundsätzlich begrüssen alle Kantone die vom Bund geplante Erhöhung der Beiträge für die Durchführung der eidgenössischen Prüfungen. Ausser dem Kanton Uri und dem Kanton Tessin betonen alle Kantone, dass die vorgesehene Erhöhung keinesfalls zu Lasten der Pauschalbeiträge an die Kantone gemäss Art. 53 BBG gehen dürfe. Sie gehen davon aus, dass die Bundesbeiträge für die eidgenössischen Prüfungen aus dem Verpflichtungskredit gemäss Art. 59 Abs. 1 lit. b. BBG finanziert werden, aus dem auch Beiträge für Projekte und Leistungen im öffentlichen Interesse gewährt werden.

Der Kanton Neuenburg vertritt den Standpunkt, die Effizienz der eingeführten Änderungen solle überprüft werden, vor allem bezüglich der Auswirkungen auf die Prüfungskosten, welche die Kandidatinnen und Kandidaten entrichten müssen. Der Kanton Jura verlangt vom Bund, er müsse im Rahmen von Subventionsverhandlungen durchsetzen, dass die Prü-

fungsträgerschaften die zusätzlichen finanziellen Beiträge tatsächlich für die Senkung von Prüfungsgebühren verwenden.

Der Kanton St. Gallen bezweifelt, dass die Erhöhung der direkten Bundesbeiträge für die Durchführung eidgenössischer Prüfungen der Aufrechterhaltung der höheren Berufsbildung insgesamt diene. Er hebt hervor, dass die indirekte Bundesfinanzierung nach Art. 53 BBG über Pauschalbeiträge an die Kantone der systemisch richtige Weg zur Finanzierung der Berufsbildung bleibe.

3.2.2 Politische Parteien

Es haben sich drei Parteien zum Änderungsvorschlag geäußert. Die CVP heisst die Revision des BBV-Artikels vorbehaltlos gut. Die SVP stimmt der Erhöhung der Bundesbeiträge zwar zu, zweifelt aber an der Wirksamkeit der Massnahme. SVP und FDP fordern, dass die Kosten-Nutzen-Relation innerhalb einer geeigneten Frist überprüft werde. Es sei sicherzustellen, dass der erhöhte Beitrag der Senkung der Prüfungskosten diene.

3.2.3 Dachverbände der Wirtschaft und Organisationen der Arbeitswelt

Die Wirtschaftsdachverbände und alle OdA begrüßen die Revision des Verordnungsartikels ausdrücklich, eine grosse Mehrheit unterstützt die geplante Änderung vorbehaltlos.

ICT-Berufsbildung fordert, die Bundesbeiträge seien mindestens zu einem Teil als Vorschuss zu gewähren, um die Verordnungsänderung wirkungsvoll umsetzen zu können und die gewünschte Wirkung zu erzielen. Edu-suisse schreibt, das BBT müsse überprüfen, ob die Beiträge an die Prüfungsträger eindeutig zur Reduktion der Prüfungsgebühren der Prüfungsteilnehmenden eingesetzt würden.

Einzelne Dachverbände und OdA äussern sich zum neuen Beitragssatz. Centre Patronal verlangt, der 80%-Ansatz sei nicht nur in Ausnahmefällen anzuwenden, sondern bei jeder Prüfung einzuführen, die neu geschaffen oder revidiert werde.

Verbände des Gesundheitswesens fordern, dass die Berufs- und höheren Fachprüfungen ihrer Branche grundsätzlich zu 80% unterstützt werden. Der Arbeitgeberverband Schweizerische Metallunion verlangt die Streichung des Wortes „höchstens“ im ersten Satz von Art. 65 Abs. 1, um sicherzustellen, dass immer 60% ausbezahlt werden.

Der Schweizerische Plattenverband weist darauf hin, dass die Umsetzung der Änderung bis zu deren Einführung geregelt und an die Prüfungsorganisationen kommuniziert werden müsse.

4 Zusätzliche Vorschläge

Von zahlreichen Vernehmlassungsteilnehmenden werden Zusatzforderungen erhoben. Sie betreffen laufende Abklärungen und Arbeiten zur Positionierung und Stärkung der höheren Berufsbildung, die nicht Gegenstand der vorgeschlagenen Verordnungsänderung sind.

4.1 Finanzierung der Vorbereitungskurse

Eine grosse Mehrheit der Organisationen der Arbeitswelt und mehrere Kantone fordern, der Bund solle nicht nur die Durchführung eidgenössischer Prüfungen, sondern auch die entsprechenden Vorbereitungskurse subventionieren. Der Schweizerische Arbeitgeberverband, GastroSuisse, KV Schweiz und die Union Syndicale Suisse sprechen sich bezüglich Unterstützung der Vorbereitungskurse für ein subjekt- bzw. nachfrageorientiertes Finanzierungsmodell aus, welches die Teilnehmenden direkt unterstützt und welches beispielsweise auf Bildungsgutscheinen beruhen könnte.

Der Schweizerische Gewerbeverband und Hotelleriesuisse betonen indes, dass mit der Subventionierung der Vorbereitungskurse keine staatliche inhaltliche Einflussnahme einhergehen dürfe. AgriAliForm vertritt die Meinung, die vorbereitenden Kurse seien nicht der non-formalen, sondern der formalen Bildung zuzuordnen.

Mehrere OdA fordern, dass modulare Prüfungen, die eine Zulassungsvoraussetzung für eidgenössische Abschlussprüfungen bilden, ebenfalls beitragsberechtigt werden.

4.2 Bundesbeiträge an höhere Fachschulen

Swiss Banking, die Bildungsgruppe Kalaidos und die Konferenz HF bemängeln, dass gemäss Vernehmlassungsentwurf die Bundesbeiträge für Berufs- und höhere Fachprüfungen angehoben werden, während die Beiträge an diejenigen Höheren Fachschulen (HF), die nicht von den Kantonen, sondern direkt vom Bund subventioniert werden, bei 25% bleiben sollen. Sie beantragen, den in Art. 65a BBV vorgesehenen Bundesbeitrag für HF auf 50% oder auf das Niveau der Beiträge der neuen interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge von Höheren Fachschulen (HFSV) anzuheben, die sich zurzeit bei den Kantonen im Ratifikationsprozess befindet. Dies einerseits, um die Kandidatinnen und Kandidaten der eidgenössischen Prüfungen und die Absolventinnen und Absolventen höherer Fachschulen gleichermaßen finanziell zu entlasten, andererseits, um die Rahmenbedingungen von landesweit tätigen, direkt vom Bund subventionierten HF denjenigen der regional bzw. kantonal tätigen HF anzupassen.

4.3 Positionierung und Stärkung der höheren Berufsbildung

Centre Patronal erinnert an die Forderung des Schweizerischen Gewerbeverbandes, die höhere Berufsbildung sei mit 400 Millionen CHF jährlich zusätzlich zu unterstützen. Berufsbildung Schweiz ist der Ansicht, dass die höhere Berufsbildung der akademischen Bildung gleichgestellt werden müsse in Bezug auf die finanzielle Belastung der Studierenden.

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) fordert, Steuerabzüge berufsorientierter Aus- und Weiterbildungskosten landesweit einheitlich zu regeln. Eine entsprechende Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) und des Steuerharmonisierungsgesetzes (StHG) sei nötig.

5 Anhänge

5.1 Anhang 1: Revidierter Verordnungstext Entwurf Art. 65 BBV und Art. 65a BBV (neu)

Art. 65 Beiträge für die Durchführung eidgenössischer Berufsprüfungen und eidgenössischer höherer Fachprüfungen (Art. 56 BBG)

¹ Die Bundesbeiträge nach Artikel 56 BBG für die Durchführung eidgenössischer Berufsprüfungen und eidgenössischer höherer Fachprüfungen decken höchstens 60 Prozent des Aufwandes.

² Für Prüfungen, die aus fachlichen Gründen besonders kostenintensiv sind, kann ein Beitrag gewährt werden, der bis zu 80 Prozent des Aufwandes deckt. Entsprechende Gesuche sind besonders zu begründen.

Art. 65a Beiträge für Bildungsgänge höherer Fachschulen (Art. 56 BBG)

¹ Die Bundesbeiträge nach Artikel 56 BBG an Bildungsgänge höherer Fachschulen decken höchstens 25 Prozent des Aufwandes.

² Beiträge an Bildungsgänge höherer Fachschulen werden nur gewährt, wenn:

- a. die Bildungsgänge von gesamtschweizerischen, landesweit tätigen Organisationen der Arbeitswelt angeboten werden; und
- b. für die Bildungsgänge keine kantonalen Beiträge bezahlt werden.



5.2 Anhang 2: Liste der Vernehmlassungsadressaten

Kantone / Cantons / Cantoni

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Kaspar Escher-Haus 8090 Zürich
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 3000 Bern 8
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern
Standeskanzlei des Kantons Uri	Postfach 6460 Altdorf
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Postfach 6431 Schwyz
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus 6060 Sarnen
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Rathaus 6370 Stans
Regierungskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus
Staatskanzlei des Kantons Zug	Postfach 156 6301 Zug
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg
Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus 4509 Solothurn
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Rathaus, Postfach 4001 Basel
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Rathausstrasse 2 4410 Liestal
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau

Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen
Standeskanzlei des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5001 Aarau
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Residenza Governativa 6501 Bellinzona
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Château cantonal 1014 Lausanne
Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	Palais du Gouvernement 1950 Sion
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Château 2001 Neuchâtel
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 1211 Genève 3
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	Rue du 24-Septembre 2 2800 Delémont

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 444 3000 Bern 7
Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE)	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 660 3000 Bern 7
Interkantonale Konferenz für Weiterbildung (IKW) Conférence intercantonale de la formation continue (CIFC) Conferenza intercantonale della formazione continua (CIFC)	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 660 3000 Bern 7

<p>Schweizerische Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) Conférence suisse des offices de la formation professionnelle (CSFP) Conferenza svizzera degli uffici della formazione professionale (CSFP)</p>	<p>Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 660 3000 Bern 7</p>
<p>KBSB (Konferenz der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) Conférence suisse des directrices et directeurs de l'orientation professionnelle, universitaire et de carrière (CDOPU)</p>	<p>Haus der Kantone, Speichergasse 6 Postfach 660 3000 Bern 7</p>

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell'Assemblea federale

<p>Bürgerlich-Demokratische Partei BDP Parti bourgeois-démocratique PBD Partito borghese democratico PBD</p>	<p>BDP Schweiz Postfach 119 3000 Bern 6</p>
<p>Christlichdemokratische Volkspartei CVP Parti démocrate-chrétien PDC Partito popolare democratico PPD</p>	<p>Postfach 5835 3001 Bern</p>
<p>Christlich-soziale Partei Obwalden csp-ow</p>	<p>c/o Stefan Keiser Enetriederstrasse 28 6060 Sarnen</p>
<p>Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis</p>	<p>Geschäftsstelle CSPO Postfach 3980 Visp</p>
<p>Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV</p>	<p>Nägeligasse 9 Postfach 3294 3000 Bern 7</p>
<p>FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali</p>	<p>Sekretariat Fraktion und Politik Neuengasse 20 Postfach 6136 3001 Bern</p>

Grüne Partei der Schweiz GPS Parti écologiste suisse PES Partito ecologista svizzero PES Grünes Bündnis GB (Mitglied GPS) Alliance Verte AVeS Alleanza Verde AVeS	Waisenhausplatz 21 3011 Bern
Grünliberale Partei glp Parti vert'libéral pvl	Postfach 367 3000 Bern 7
Lega dei Ticinesi (Lega)	Norman Gobbi casella postale 64 6776 Piotta
Mouvement Citoyens Romand (MCR)	c/o Mouvement Citoyens Genevois (MCG) CP 340 1211 Genève 17
Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC	Postfach 8252 3001 Bern
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS Parti socialiste suisse PSS Partito socialista svizzero PSS	Postfach 7876 3001 Bern

**Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete /
associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui
œuvrent au niveau national /
associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna**

Schweizerischer Gemeindeverband	Postfach 3322 Urtenen-Schönbühl
Schweizerischer Städteverband	Monbijoustrasse 8 Postfach 8175 3001 Bern
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Postfach 7836 3001 Bern

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Postfach 8032 Zürich
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Postfach 3001 Bern
Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Postfach 8032 Zürich
Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	Haus der Schweizer Bauern Laurstrasse 10 5200 Brugg
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel
Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Postfach 3000 Bern 23
Kaufmännischer Verband Schweiz (KV Schweiz) Société suisse des employés de commerce (SEC Suisse) Società svizzera degli impiegati di commercio (SIC Svizzera)	Postfach 1853 8027 Zürich
Travail.Suisse	Postfach 5775 3001 Bern
Schweizerische Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales SAVOIRSOCIAL Organisation faïtière suisse du monde du travail du domaine social Organizzazione mantello svizzera del mondo del lavoroin ambito sociale	Amthausquai 21 4601 Olten
OdA AgriAliForm Ortra AgriAliForm	Laurstrasse 10 5201 Brugg

Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit OdA Santé Organisation nationale faitière du monde du travail en santé	Geschäftsstelle Seilerstrasse 22 3011 Bern
---	--

Weitere interessierte Kreise / autres milieux intéressés / altre cerchie interessate

Konferenz für Berufs- und höhere Fachprüfungen Dualstark Conférence pour les examens professionnels et professionnels supérieurs Conferenza degli esami professionali e professionali superiori	Hans-Huber-Strasse 4 Postfach 1853 8027 Zürich
Konferenz HF Conférence ES Conferenza SSS	Schwarztorstrasse 56 3007 Bern
Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH) Conférence des recteurs des hautes écoles spécialisées suisses Conferenza dei Rettori delle Scuole Universitarie Professionali Svizzere	Falkenplatz 9 Postfach 710 3000 Bern 9
Schweizer Universitätskonferenz (SUK) Conférence universitaire suisse (CUS) Conferenza universitaria svizzera (CUS)	Sennweg 2 Postfach 576 3000 Bern 9
Berufsbildung Schweiz BCH Formation professionnelle Suisse FPS Formazione professionale Svizzera FPS	Weiernstrasse 26 8355 Aadorf
Schweizerische Koordinationskonferenz Bildungsforschung CORECHED Conférence suisse de coordination pour la recherche en éducation CORECHED	Entfelderstrasse 61 5000 Aarau
Schweizerischer Verband für Weiterbildung (SVEB) Fédération suisse pour la formation continue (FSEA) Federazione svizzera per la formazione continua (FSEA)	Oerlikonerstrasse 38 8057 Zürich
Verband Schweizerischer Privatschulen (VSP) Fédération Suisse des Ecoles Privées (FSEP) Federazione Svizzera delle Scuole Private (FSSP)	Hotelgasse 1 Postfach 3000 Bern 7

Vernehmlassung zur Erhöhung der Bundesbeiträge für die Durchführung von eidg. Prüfungen

Kalaidos Bildungsgruppe AG	Jungholzstrasse 43 8050 Zürich
edu-suisse c/o hsp - Hodler, Santschi & Partner AG	Belpstrasse 41 3007 Bern



5.3 Anhang 3: Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

Kantone und interkantonale Konferenzen

Abkürzung	Name D	Name F	Name I
AG	Kanton Aargau	Canton d'Argovie	Cantone di Argovia
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden	Canton Appenzell Rhodes-Intérieures	Cantone di Appenzello Interno
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden	Canton Appenzell Rhodes-Extérieures	Cantone di Appenzello Esterno
BE	Kanton Bern	Canton de Berne	Cantone di Berna
BL	Kanton Basel-Landschaft	Canton de Bâle-Campagne	Cantone di Basilea Campagna
BS	Kanton Basel-Stadt	Canton de Bâle-Ville	Cantone di Basilea Città
FR	Staat Freiburg	Etat de Fribourg	Cantone di Friborgo
GE	Kanton Genf	République et Canton de Genève	Cantone di Ginevra
GL	Kanton Glarus	Canton de Glaris	Cantone di Glarona
GR	Kanton Graubünden	Canton des Grisons	Cantone dei Grigioni
JU	Kanton Jura	Canton de Jura	Cantone di Giura
LU	Kanton Luzern	Canton de Lucerne	Cantone di Lucerna
NE	Kanton Neuenburg	République et Canton de Neuchâtel	Cantone di Neuchâtel
NW	Kanton Nidwalden	Canton de Nidwald	Cantone di Nidvaldo
OW	Kanton Obwalden	Canton d'Obwald	Cantone di Obvaldo
SG	Kanton St. Gallen	Canton de Saint-Gall	Cantone di San Gallo

Vernehmlassung zur Erhöhung der Bundesbeiträge für die Durchführung von eidg. Prüfungen

SH	Kanton Schaffhausen	Canton de Schaffhouse	Cantone di Sciaffusa
SO	Kanton Solothurn	Canton de Soleure	Cantone di Soletta
SZ	Kanton Schwyz	Canton de Schwytz	Cantone di Svitto
TG	Kanton Thurgau	Canton de Thurgovie	Cantone di Turgovia
TI	Kanton Tessin	Canton du Tessin	Repubblica e Cantone Ticino
UR	Kanton Uri	Canton d'Uri	Cantone di Uri
VD	Kanton Waadt	Canton de Vaud	Cantone di Vaud
VS	Kanton Wallis	Canton du Valais	Cantone Vallese
ZG	Kanton Zug	Canton de Zoug	Cantone di Zugo
ZH	Kanton Zürich	Canton de Zurich	Cantone di Zurigo
SBBK	Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz	Conférence suisse des offices de formation professionnelle	Conferenza svizzera degli uffici della formazione professionale

Parteien

Abkürzung	Name D	Name F	Name I
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz	Parti démocrate-chrétien suisse	Partito popolare democratico svizzero
FDP	FDP.Die Liberalen	PLR.Les Libéraux-Radicaux	PLR.I Liberali
SVP	Schweizerische Volkspartei	Union Démocratique du Centre	Unione Democratica di Centro

Dachverbände der Gemeinden, Städte, Berggebiete

Abkürzung	Name D	Name F	Name I
Städteverband	Schweizerischer Städteverband	Union des villes suisses	Unione delle città svizzere

Dachverbände der Wirtschaft

Abkürzung	Name D	Name F	Name I
CP	Centre Patronal	Centre Patronal	-
FER	-	Fédération des Entreprises Romandes	-
GC Kt LU	Gewerbeverband des Kantons Luzern	Union des arts et métiers du canton de Lucerne	Unione delle arti e mestieri del Cantone di Lucerna
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband	Union Patronale Suisse	Unione svizzera degli imprenditori
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	Union syndicale suisse	Unione sindacale svizzera
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband	Union suisse des arts et métiers	Unione svizzera delle arti e mestieri

Weitere interessierte Kreise

Abkürzung	Name D	Name F	Name I
AgriAliForm	AgriAliForm	AgriAliForm	AgriAliForm
AM	Alternativ Medizin Schweiz	Médecine alternative suisse	Medicina Alternativa Svizzera
BCH	Berufsbildung Schweiz	Formation professionnelle suisse	Formazione professionale svizzera
Curaviva	Verband Heime und Institutionen Schweiz	Association des homes et institutions sociales suisses	Associazione degli istituti sociali e di cura svizzeri
Dualstark	Konferenz der Berufs- und höheren Fachprüfungen	Conférence des examens professionnels et professionnels supérieurs	Conferenza degli esami professionali e professionali superiori
edu-suisse	edu-suisse	edu-suisse	edu-suisse
GastroSuisse	GastroSuisse	GastroSuisse	GastroSuisse
holzbau	Verband Schweizer Holzbau-	Association suisse des entreprises de	Associazione svizzera costruttori in le-

Vernehmlassung zur Erhöhung der Bundesbeiträge für die Durchführung von eidg. Prüfungen

	Unternehmungen	construction en bois	gno
Hotelleriesuisse	Hotelleriesuisse	Hotelleriesuisse	Hotelleriesuisse
IAF	Interessengemeinschaft Ausbildung im Finanzbereich	Communauté d'intérêt pour la formation dans le domaine financier	Comunità d'interessi per la formazione in ambito finanziario
ICT-Berufsbildung	ICT-Berufsbildung	ICT-Formation professionnelle Suisse	ICT-Formazione professionale svizzera
Kalaidos	Kalaidos Bildungsgruppe AG	-	-
Konferenz HF	Konferenz der Höheren Fachschulen HF	Conférence suisse des Ecoles Supérieures ES	Conferenza svizzera delle scuole specializzate superiori SSS
KTTC	KomplementärTherapie	Thérapie complémentaire	Terapia Complementare
KV Schweiz	KV Schweiz	SEC Suisse	SIC Svizzera
SavoirSocial	Schweizerische Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales	Organisation faïtière suisse du monde du travail du domaine social	Organizzazione mantello svizzera del mondo del lavoro in ambito sociale
SBK	Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner	Association suisse des infirmières et infirmiers	Associazione svizzera delle infermiere e infermieri
SBKV	Schweizerischer Bäcker-Konditorenmeister-Verband	Association suisse des patrons boulangers-pâtisseries	Società Mastri Panettieri-Pasticcieri-Confettieri
SMGV	Schweizerische Maler- und Gipserunternehmer-Verband	Association suisse des entrepreneurs plâtriers-peintres	Associazione svizzera imprese pittori e gessatori
SMU	Arbeitgeberverband Schweizerische Metall-Union	Union patronale Union Suisse du Métal	Associazione padronale Unione Svizzera del Metallo
SPV	Schweizerischer Plattenverband	Association Suisse du Carrelage	Associazione Svizzera delle Piastrelle
Suissetec	Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)	suissetec	suissetec
SVBG	Schweizerischer Verband der Berufsor-	Fédération Suisse des Associations pro-	Federazione Svizzera delle Associazioni

Vernehmlassung zur Erhöhung der Bundesbeiträge für die Durchführung von eidg. Prüfungen

	ganisationen im Gesundheitswesen	fessionnelles du domaine de la santé	professionali sanitarie
SVFM	SCHWEIZERISCHER VERBAND FÜR FUSSREFLEXZONEN-MASSAGE	Association suisse de réflexologie plantaire	Associazione svizzera di riflessologia plantare
Swiss Banking	Schweizerische Bankiervereinigung	Association suisse des banquiers	Associazione Svizzera dei Banchieri
SWISSMECHANIC	Schweizerischer Verband mechanisch-technischer Betriebe	Association Suisse d'entreprises mécaniques et techniques	Associazione Svizzera delle imprese meccaniche e tecniche
Veb.ch	Veb.ch	Veb.ch	Veb.ch
VBV	Berufsbildungsverband der Versicherungswirtschaft	Association pour la formation professionnelle en assurance	Associazione per la formazione professionale nell'assicurazione
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen	Association des entreprises électriques suisses	Associazione delle aziende elettriche svizzere
VSEI	Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen	Union Suisse des Installateurs-Electriciens	Unione Svizzera degli Installatori Elettricisti
VSP	Verband Schweizerischer Privatschulen	Fédération suisse des écoles privées	Federazione svizzera delle scuole private
VSSM	Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten	-	Associazione svizzera fabbricanti mobili e serramenti



Abkürzungen – Glossar

Abkürzung	Bedeutung
BBG	Berufsbildungsgesetz
BBV	Berufsbildungsverordnung
BP	Eidgenössische Berufsprüfung
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
HF	höhere Fachschule
HFP	Eidgenössische höhere Fachprüfung
OdA	Organisation der Arbeitswelt
StHG	Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden